



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz SPD**

Eine gerechte europäische Sozialpolitik für Frieden und Wohlstand in Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen,

- dass soziale Standards in Europa durch verbindliche Verordnungen und Richtlinien immer weiter harmonisiert und auf hohem Niveau angeglichen werden;
- dass auf europäischer Ebene neben der regulativen sozialpolitischen Rahmensetzung verstärkt Konzepte für eine gerechte Sozialpolitik für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger entworfen werden;
- dass EU-Fonds für Projekte, die den wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich und Zusammenhalt fördern sollen, bedarfsgerecht aufgestockt werden;
- dass sichergestellt wird, dass diese Mittel auch tatsächlich von allen berechtigten Mitgliedstaaten abgerufen und sinnvoll eingesetzt werden können.

Begründung:

Zwar ist aufgrund der Heterogenität der EU-Mitgliedstaaten und der historisch unterschiedlichen Wohlfahrts- bzw. Sozialstaatsmodelle eine Harmonisierung der Sozialpolitik und eine Angleichung der sozialen Standards und Leistungen ein hoch komplexer politischer Prozess. Dennoch sollte eine Sozialunion im Sinne einer tatsächlichen Solidargemeinschaft mit konvergierenden Sozialstandards, Leistungen und Schutzrechten sowie mit einem vergleichbaren Wohlstandsniveau als Ziel nicht aus den Augen verloren werden. Dazu gehört v.a. auch die Bereitschaft der Nationalstaaten zu einer gerechten europäischen Sozialpolitik, etwa in Form von Sozialfonds und vor allem europäischen Sozial(versicherungs-)leistungen. Gleichzeitig müssen die Gründe dafür geklärt und beseitigt werden, warum bereits zur Verfügung stehende Kohäsionsmittel von einigen Ländern nicht oder nur unzureichend genutzt werden. So hat die EU von 2007 bis 2013 ca. 350 Mrd. Euro zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Integration zur Verfügung gestellt (v.a. EFRE und ESF), wovon jedoch bis Mai 2014 im Schnitt fast ein Drittel nicht abgerufen wurde. Rumänien etwa hat nicht einmal die Hälfte der Fördermittel abgerufen (nur 45,6 Prozent), die Slowakei 53,1 Prozent und Bulgarien 53,7 Prozent; im Unterschied etwa zu Portugal, das zu dem Zeitpunkt immerhin 85,4 Prozent der dem Land zustehenden Mittel abgerufen hatte. (Quelle IW-Dienst). Nur bei einer allmählichen Angleichung der Lohn-, Einkommens- und Lebensverhältnisse in den EU-Mitgliedstaaten kann im Übrigen die von der Staatsregierung kritisierte Armutszuwanderung aus Osteuropa dauerhaft reduziert werden, ohne Grenzen wieder zu schließen.